

Antrag

der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP

Ergänzung zum Beschluss Nr. 2020/54/16 – Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Ursachen, Konsequenzen und der Verantwortung für Fehlentwicklungen an der „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“ in der 17. und 18. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses von Berlin (Drs. 18/2505)

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der letzte Satz unter Punkt III. des Einsetzungsbeschlusses wird wie folgt verändert:

Die Zeugenvernehmung ist bis Ende März 2021 abzuschließen, danach erfolgt die Beratung des Abschlussberichts.

Begründung

Durch coronabedingte Verzögerungen wie dem Ausfall einer Sondersitzung mit vier Zeugenladungen ist eine Anpassung des Zeitplans erforderlich. Gemäß interfraktioneller Verabredung im Krisenstab/Ältestenrat des Parlaments sollen die ausgefallenen Vernehmungen nachgeholt werden. Dies scheint nach jetzigem Stand bis Ende März machbar, danach kann die Beratung des Abschlussberichts erfolgen und die Arbeit des Untersuchungsausschusses beenden.

Berlin, 14. Januar 2021

Dregger, Dr. Hausmann, Jupe
und die weiteren Mitglieder
der Fraktion der CDU im Abgeordnetenhaus von Berlin

Czaja, Förster
und die weiteren Mitglieder
der Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin